

72 - 11. 06. 1998 // Sitzung am 9. 06. 98

Gutachten zu Bahnhofslärm

Nackenheimer Gemeinderat nimmt Bedenken künftiger Anlieger ernst

m. NACKENHEIM - Das Fünf-Millionen-Projekt einer Verlegung des Bahnhaltendes in Richtung Ortsmitte/Festplatz beschäftigte in jüngster Ratssitzung erneut die Ortsparlamentarier.

Die unmittelbaren Anlieger hegen Bedenken, daß der Lärm durch die Brems- und Anfahrgeräusche, Lautsprecherdurchsagen, zuschlagende Türen und Trubel durch Bahnbenutzer zunimmt. Bei 19 Ja-, einer Neinstimme sowie einer Enthaltung gab der Rat ein Lärmschutzgutachten für 6500 Mark in Auftrag, das bereits am Mittwoch, 8. Juli, 10 Uhr, zum Anhörungsgespräch mit den Anliegern vorliegen soll.

Bürgermeister Bardo Kraus kündigte danach den Abschluß eines Vertrages mit der Deutschen Bahn AG zum Bau und Betrieb der Anlage an. Nach den bisherigen Planungen sei nicht mit zusätzlichem Lärm zu rechnen, führte Ingenieur Ulrich Weiland aus. Dennoch sei es notwendig, ein qualifiziertes Ingenieurbüro zu be-

auftragen. Die Zweifel der Anlieger sollten ernst genommen werden.

In die Verlegung der Bahnstation habe die Gemeinde bereits viel Geld investiert, meinte Franz Krames (CDU). Ein Finanzierungsplan werde nötig, um den Überblick zu diesem Großprojekt zu erhalten. Die Gemeinde müsse wissen, ob das Vorhaben noch zu finanzieren sei. Seitens des Landes liege bisher noch keine Zusage vor.

Die Finanzierung könne dem Investitionsplan entnommen werden, erwiderte Bürgermeister Kraus. Erst wenn das Planfeststellungsverfahren zum abgeschlossen sei, könne das Land finanzielle Zusagen machen. Die Gemeinde gehe nach wie vor von einem 85prozentigen Zuschuß aus. Wenn der nicht komme, bleibe der Plan Schall und Rauch.

Die Verlegung der Bahnsteige komme in der Bevölkerung gut an, fügte FWG-Sprecher Günter Zerbe hinzu. Das Vorhaben müsse weiter vorange-

trieben werden. Das Gutachten solle alle Fragen zu den Bedenken präzise beantworten können, betonte Michael Mogk (SPD). Ähnlich plädierte Frieder Stauder (BLN) und fügte hinzu, die Bedenken müßten bereits in der laufenden Planung ausgeräumt werden.

In der Verlegung des Haltespunktes sieht Robert Scholz (CDU) keinen großen Nutzen für die Gemeinde. Sein christdemokratischer Fraktionskollege Heinz Hassemer hingegen führte aus, daß bei einem Scheitern des Projektes die Sanierung des total verwahrlosten Bahnhofs und Anhebung der Bahnsteige fast den gleichen Betrag verschlinge.

Einstimmigkeit herrschte zur Änderung des Bebauungsplanes „Rudelheck“, nach der künftig der Bau von Gauben bis zu einem Drittel der Traufhöhe erlaubt sind. Mit dem gleichen Votum verabschiedete der Rat die Satzung über die Kindergartenbeiträge.